

Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie 2013 – Den Haag

Wir glauben, dass die Europäische Union als ein wichtiger Akteur im Bereich der Grundrechte, in der besonderen Position ist, die Bemühungen der Mitgliedstaaten, die Lage der Grundrechte von Lesben, Homosexuell, Bisexuelle und Transgender-Personen zu verbessern, zu unterstützen. Bei der Unterstützung und Ergänzung der nationalen Politik sollte die EU eine führende Rolle übernehmen. Wir, die europäischen Minister, stellen die Forderung nach einem umfassenden politischen Konzept auf Ebene der Europäischen Union und in allen Belangen der EU, die auf die Verbesserung der Menschenrechte und die völlige Gleichstellung für LGBT-Menschen abzielen.

Wir sind besorgt über die Lebenssituation von vielen LGBT-Menschen in ganz Europa und haben die Pflicht, zu handeln, um eine Verbesserung der Lebenssituation von LGBT-Menschen zu erreichen. LGBT-Menschen begegnen immer noch Gewalt, einem Mangel an Versammlungs- und Meinungsfreiheit und Problemen mit der Freizügigkeit für Paare und ihre Kinder. Wir sind uns über die gemeldeten Fälle von Selbstmord und Mobbing von LGBT-Kindern, homophobe und transphobe Vorfälle am Arbeitsplatz und in der Schule, und auf Vorurteilen basierende Stereotypisierung von LGBT-Menschen innerhalb und außerhalb Europas bewusst.

Die Strategie für die wirksame Umsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die durch die Europäische Kommission im Oktober 2010 angenommen wurde, kündigte die "Entwicklung von individuellen Richtlinien betreffend bestimmter Grundrechte [...], wie z.B. [...] Nichtdiskriminierung " an. Gemäß dieser Strategie, ist die Vorbildfunktion der Union "nicht nur entscheidend für Menschen in der Union, sondern auch für die Entwicklung der Union selbst". Wir unterstützen diesen Ansatz.

Wir begrüßen die früheren Aussagen der Europäischen Kommission anlässlich von IDAHO 2011 und 2012 und ihre Beteiligung an, sowie das Engagement in dem Europäischen Informellen Netzwerk staatlicher LGBT-Schwerpunktpolitik. Wir begrüßen auch die positiven Maßnahmen, die in vielen europäischen Ländern und auf europäischer Ebene ergriffen wurden. Wir sind daher zuversichtlich, dass die Europäische Kommission unsere Sorge und unser Engagement zur Verbesserung der Situation teilt.

Mit der Verabschiedung eines umfassenden politischen Konzepts ist die Europäische Kommission in der Lage, den Unterschied zu machen. Diese Politik soll dafür sorgen, dass die Union im Einklang mit Artikel 10 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union), "bei der Festlegung und Durchführung ihrer Politik und ihrer Maßnahmen [...] darauf ausgerichtet ist, Diskriminierung zu bekämpfen." Während die EU bereits eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Diskriminierung von LGBT-Menschen einnimmt, ist es nun an der Zeit, diese Position zu konsolidieren, indem sichergestellt wird, dass ihre Handlungen konsequent und nachhaltig sind und sein werden.

In umfänglicher Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung und der Nichtdiskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität in allen Bereichen des Lebens, sollte sorgfältig geprüft werden, welche Maßnahmen unter Berücksichtigung der Studien der EU-Agentur für Grundrechte

(FRA) in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten in Angriff genommen werden können.

Die Ergebnisse der Europäischen LGBT-Umfrage von FRA werden als sehr nützliche Grundlage für die Diskussion über die gesamteuropäische Situation von LGBT-Menschen dienen. Die hier gemachten Feststellungen sollen Richtschnur für die Entwicklung von Prioritäten, wirksamen Maßnahmen und weiteren Schritten mit einem klaren Zeitplan werden.

Wir stimmen mit dem Europäischen Parlament überein, das die Annahme einer umfassenden Politik für die Gleichstellung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität unterstützt hat. Auf dem Weg zu einem EU-Fahrplan für die Gleichstellung aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität, ist die Studie, die vor kurzem vom Europäischen Parlament veröffentlicht wurde, ein nützliches Hilfsmittel, das die Kommission bei Festlegung ihres Vorgehens erwägen sollte.

Wir sind verpflichtet, uns den Empfehlungen der Europarat-Minister für Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, anzuschließen. Desgleichen sind die Empfehlungen der Minister des Europarates eine nützliche Ressource für die Mitgliedstaaten bei der Ermittlung geeigneter Maßnahmen, um der Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität entgegen zu treten. Daher fordern wir die Europäische Kommission auf, die Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union zu erleichtern und zu fördern, sowie die Mitgliedstaaten bei ihrem Vorhaben zu unterstützen, die Diskriminierung von LGBT-Menschen in ihren eigenen Ländern im Hinblick auf diese Empfehlungen zu bekämpfen. Durch eine Vielzahl von Instrumenten, die Koordinierung von Initiativen und durch Festlegung klarer Zeitpläne für Fortschritte bei der Verwirklichung der LGBT-Gleichberechtigung, durch Finanzierung und Unterstützung zur Gründung und Förderung von Kampagnen, könnte die Kommission den Mitgliedstaaten helfen, diese Ziele zu erreichen.

EU-Maßnahmen sind notwendig, um die Bemühungen auf EU-Ebene zu koordinieren und gemeinsam bewährte Praxisbeispiele und die Unterstützung von Bemühungen auf nationaler Ebene zu nutzen, um Fortschritte in Richtung auf ein Europa, das frei von Homo- und Transphobie ist, zu erzielen. Das Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung von Diskriminierung und die Bereitstellung von Hilfsmitteln können den Unterschied machen, nicht nur für die Millionen von LGBT-Menschen in Europa, sondern für alle.

Ein umfassendes Gesamtkonzept hat sich bereits bei der Bekämpfung anderer Formen der Diskriminierung als wirksam erwiesen.

Wir sind bereit, den Prozess hin zu einem umfassenden politischen Vorgehen auf EU-Ebene zu unterstützen und unsere Kompetenzen gemeinsam mit der Europäischen Kommission zu nutzen. Wir fordern die Europäische Kommission auf, sich auf die Entwicklung und Verabschiedung eines umfassenden politischen Konzepts, das auf den Empfehlungen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte aufgrund der Umfrage und der Studie des Europäischen Parlaments aufbaut, festzulegen.

Unterzeichner:

Jet Bussemaker, Ministerin für Erziehung, Kultur und Wissenschaft, Niederlande

Helena Dalli, Ministerin für Soziales, Verbraucherschutz und Bürgerrechte, Malta

Gabriele Heinisch-Hosek, Ministerin für Frauen und zivile Dienste, Österreich

Anna-Majy Henriksson, Justizministerin, Finnland

Josefa Idem, Ministerin für Chancengleichheit, Italien

Vesna Pusic, Außenministerin und Ministerin für Europaangelegenheiten, Kroatien

Manu Sareen, Minister für Gleichstellung und Kirche, Dänemark

Pascal Smet, Minister für Erziehung, Jugend und Chancengleichheit, Belgien

Marc Spautz, Minister für Familie und Integration, Luxemburg

Erik Ullenhag, Minister für Integration, Schweden

Najat Vallaud-Belkacem, Ministerin für Frauenrechte, Frankreich